

# Pressemitteilung

28. Oktober 2020

## Politik muss zwischen Schulformen differenzieren

**BvLB: Klassen an beruflichen Schulen teilen und im Wechsel zwischen Präsenz- und Distanz unterrichten, weil es geht und das Infektionsrisiko reduziert.**

Um die zweite Infektionswelle zu brechen, soll das gesellschaftliche Leben wieder runtergefahren werden. Der Lockdown light steht vor der Tür. Schulen sollen indes so lange wie es vertretbar ist, offengehalten werden. „Das grundlegende Übel ist, dass die Politik Schule über einen Kamm schert. Statt zwischen den einzelnen Schulformen zu differenzieren und entsprechende Bedarfe von Grundschulern bis hin zu Berufsschülern klar zu definieren, sind Schüler gleich Schüler. Schülerinnen und Schüler ab der Sekundarstufe II müssen anders als Schülerinnen und Schüler der Primar- und Sekundarstufe I nicht zwingend durchgängig Präsenzunterricht haben, sondern können dann, wenn die technischen Voraussetzungen gewährleistet sind, parallel oder im Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht lernen. Nimmt man diese Schülergruppen aus den Schulbussen und den Schulen, reduziert man die Personenzahl deutlich, minimiert das Infektionsrisiko und hat räumlichen Spielraum, um Klassen zu teilen“, sagt Eugen Straubinger, Vorsitzender des Bundesverbandes für Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), und fordert von der Politik hier ein schnelles Umdenken.

Nicht erst seit der Wiedereröffnung der Schulen im Sommer, wo Abstandsregeln und Maskenpflicht ihre Gültigkeit verloren haben, irrlichtern die Kultusminister umher und setzen Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler Gefahren aus, die auf offener Straße mit Bußgeldern belegt werden – ganz so, als ob es das Virus in den Schulen nicht gäbe.

„Es ist gesellschaftlich nicht vermittelbar, dass Restaurants und Theater trotz schlüssiger und funktionierender Hygienekonzepte schließen müssen, während übervolle Bahnen und Busse zu den Stoßzeiten Millionen von Schülerinnen und Schülern transportieren. Abstandsregeln sind hier nicht einzuhalten. Die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts, Schulklassen ab einem bestimmten Grenzwert zu teilen und die Maskenpflicht massiv auszuweiten, darf die Politik nicht länger in den Wind schlagen“, sagt Joachim Maiß, ebenfalls BvLB-Vorsitzender, und betont: „Für die ganz jungen Schülerinnen und Schüler in der Grundschule gilt es, so viel Präsenzunterricht wie möglich zu gewährleisten. Junge Kinder brauchen beim Lernen die Beziehung, um ein tragfähiges Fundament für ihr zukünftiges Lernen aufbauen zu können. Ab der Sek II ist ein Wechsel aus Präsenz- und Distanzunterricht kein Problem. Das haben die Berufsbildner schon während des ersten Lockdowns gezeigt.“

---

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. vertritt in Deutschland über 39.000 Lehrerinnen und Lehrer.